

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische



Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Batsch.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 8.

Dienstag, den 10. Januar 1922

162. Jahrgang

Tageschronik

Die Alliierten Finanzminister haben eine Einigung in der Reparationsfrage erzielt.
England stimmte dem Wiesbadener Abkommen unter bestimmten von Frankreich angenommenen Änderungen zu. Der englisch-französische Garantie-Vertrag soll heute zum Abschluß kommen.
Der Plan eines internationalen Konforums zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist endgültig festgelegt.
Die Reichsregierung lehnt die Steuerhöhe ermäßigenden Beschlüsse des Steuerausschusses ab.

Rathenau-Wirth'sche Erfolge?

Pessimismus in führenden Wirtschaftskreisen.

In parlamentarischen Kreisen schreibt man einerseits das Entgegenkommen Englands in Cannes den Erfolgen Rathenaus und seinen Verhandlungen in London mit Loucheur und Lloyd George zu. Namentlich in den Kreisen der Demokraten und im Zentrum weist man darauf hin, daß die Haltung Lloyd Georges von seiner Besprechung mit Dr. Rathenau beeinflusst worden sei. Der Umstand, daß Dr. Rathenau als Führer der deutschen Delegation nach Cannes entsandt wird, gilt diesen Parlamentariern als Beweis ihrer Auffassung. Dr. Rathenaus Ansehen hat infolgedessen in den Koalitionsparteien bedeutend gewonnen. Man bringt ihm das Vertrauen entgegen, daß er auch in Verhandlungen in Cannes günstige Ergebnisse zeitigen werde. Im übrigen heißt es, daß Dr. Rathenau der Regierung einen sehr optimistischen Bericht über seine Tätigkeit in Paris geben konnte. In den Kreisen der beiden Reichsparteien dagegen beurteilt man die Tätigkeit Dr. Rathenaus anders. Man behauptet hier, daß das englische Entgegenkommen keine Beeinflussung zeige, sondern so zu werten sei, daß England aus eigener Initiative und aus eigenen Vorteilen sich gegen die französische Machtpolitik wenden mußte. So breitet sich der Streit um Dr. Rathenau immer weiter aus und wird, wie uns von parlamentarischer Seite versichert wird, zu einer heftigen Auseinandersetzung, wenn nicht im Auswärtigen Ausschuss, so im Reichstage, wüch.

Bezeichnend für die Beurteilung der Erfolge der deutschen Erfüllungspolitik in führenden deutschen Wirtschaftskreisen ist die Tatsache, daß der Generaldirektor von Krupp, Wiedefeld, sowie der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, die Einladung zum Eintritt in die deutsche Delegation für Cannes abgelehnt haben.

Die Sowjetregierung geht nach Genau.

Aus Cannes wird gemeldet, daß die Sowjetregierung die Einladung der Mächte zur Teilnahme an der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genau angenommen hat.

Einigung über die Reparationsfrage.

Die Reparationskommission wird nach Berlin verlegt.

Telegrammen aus Cannes zufolge ließen sich am Montag die Finanzminister der vertretenen Staaten den Bericht der Sachverständigen über die Reparationen vorlegen und kamen über verschiedene Punkte zu einer vollständigen Einigung. Sie stimmten ferner der Verlegung des Reparationskomitees nach Berlin zu.

Der „Antragsagent“ berichtet folgende Einzelheiten: Bis zum 1. Mai 1922 hätte Deutschland 700 Millionen Goldmark zu zahlen, wodurch sich seine im Laufe des Reparationsjahres geleisteten Zahlungen auf 1700 Millionen Goldmark beschränken würden. Hiervon gingen zunächst 500 Millionen Goldmark an England zur Deckung seiner Bezahlungskosten bis zum 1. Mai 1921. Von den übrigen 1200 Millionen Goldmark werden 270 Millionen an Frankreich entfallen, falls die deutsche Kohle zum Inlands-Marktpreis, aber nur 172 Millionen, falls die Preise nach den Transporten, die auf dem Seewege geliefert wurden, berechnet werden. Der Rest soll als Priorität an Belgien fallen. Ferner soll die „Aberpriorität“ erst nach den Bezahlungskosten und nach der belgischen Priorität gesetzt werden. Unter „Aberpriorität“ versteht man die deutschen Vorkriegsschulden und die Summen, die von deutschen Schuld verzehrt werden. Der erste Teil dieser Aberpriorität verbrauchte 30 Millionen Goldmark, die den alliierten Kausleuten zugute kommen. Der zweite Teil der Aberpriorität besteht in den

Die Reichsregierung gegen die Beschlüsse des Steuerausschusses.

Der Kampf um die Erlassung der Sachwerte geht weiter.

Kant. D. A. J. vertritt die Reichsregierung den Standpunkt ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der letzten Sitzung der neuen Steuergerichte verweigern zu müssen, weil sie Abschlüsse von 12 bis 13 Milliarden darstellen. Die Regierung glaubt namentlich mit der Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent mit den Zollermäßigungen für die Einfuhr von Kaffee, Tee und Kakao sowie mit den Zollleichterungen für Zigaretten keineswegs sich einverstanden erklären zu können. Das Blatt weist dann auf die Hauptgesichtspunkte hin, die zwischen Zentrum und Sozialdemokraten vordringlich in der Erlassung der Sachwerte und der Besteuerung von Grundstücken nach dem gemeinen oder dem Ertragswert bestehen. Namens des Zentrums haben sich besonders der Abgeordnete Herold entschieden gegen die Besteuerung nach dem gemeinen Wert ausgesprochen. Der „Vorwärts“ betont, daß die Haltung der Sozialdemokratie mit Bezug auf die Erlassung der Sachwerte nach wie vor die alte ist und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keineswegs daran denke, von ihrem bisherigen Standpunkt in den Steuerfragen irgend etwas aufzugeben.

Wie die Blätter erfahren, finden heute Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und den Parteiführern über die Frage eines Steuerkompromisses statt, nachdem die Vorbereitungen mit den einzelnen Parteien schon seit mehreren Tagen geführt waren. Vormittags sollen Verhandlungen mit dem Koalitionsparteien und nachmittags Besprechungen mit den Reichsparteien abgehalten werden.

Reichstagszusammentritt am 19. Januar.

Das Plenum des Reichstages wird, wie ursprünglich im Aussicht genommen, am 19. Januar d. Js. zusammentreten. Die Ausschüsse nehmen ihre Arbeit bereits in den allernächsten Tagen wieder auf. Die Steuerausschüsse kommen zu einer gemeinsamen Sitzung schon am heutigen Dienstag zusammen. Bei dieser Gelegenheit soll über das Steuerkompromiß entschieden werden.

Kritik des Finanzministers Hermes?

Man rechnet in parlamentarischen Kreisen mit der Möglichkeit, daß Dr. Hermes seinen Ministerposten bald niederlegen wird. Die Vorberhandlungen, die wegen seiner Entsendung als Botschafter nach Washington geführt worden sind, sollen so gut abgeschlossen sein.

Summen, die zum Dienste der deutschen inneren Schulden angemacht werden. Diese inneren Schulden bestehen aus der konsolidierten Schuld von 90 Milliarden Papiermark; die nicht konsolidierte Schuld beträgt 250 Milliarden. Die Zinsen für diese bedeutenden Schuldbeiträge werden den deutschen Gläubigern vor den Jahreszahlungen für die Reparationen abgezogen. Diese Summen werden dann nach den Kosten für die Bezahlungsheere und der belgischen Priorität bezahlt werden. Diese Maßnahme wird vor allen Dingen die deutschen Banken treffen.

Zwangsmassnahmen gegen Deutschland?

Nach einer Mitteilung der D. A. J. handelte sich bei den Beratungen der Finanzminister im wesentlichen um die Kontrollmassnahmen, die der deutschen Finanzverwaltung auferlegt werden sollen. Man hat die Absicht, Deutschland Zwangsmassnahmen aufzuerlegen. Man wird mit den deutschen Delegierten über die Art dieser Zwangsmassnahmen diskutieren.

Änderungen des Wiesbadener Abkommens.

England hat den Wiesbadener Abkommen unter folgenden Bedingungen zugestimmt: 1. Die Endsumme der unter dieses Abkommen fallenden Leistungen von sieben Milliarden Goldmark wird geteilt. 2. Das Abkommen erhält eine Gültigkeit von drei Jahren. 3. Im ersten Jahre darf Deutschland an Frankreich Lieferungen von nicht mehr als 1250 Millionen Goldmark machen, im zweiten und dritten Jahre nicht mehr als 1500 Millionen Goldmark. — Frankreich nahm diese Bedingungen an.

Anzeigenpreis Der Sachl. Blittm. Zeitraum 60 Pf. und der Sachl. im Anzeigenblatt. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besucher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit Fr. 7.50 in Zahlung genommen. Ziffergebühre 75 Pf. Worto bei Norm. Anzeigen schluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Belegnummer u. berechn.

Der „Reisende in Reparationen“.

Einer der Hauptvorwürfe, die dem alten System gemacht werden, ist derjenige der Geheimdiplomatie. Im neuen Staat sollte nur mit offenen Karten gespielt werden; das „feudale Volk“ sollte in allen wichtigen Fragen entweder selbst oder durch seine gewählten Vertreter entscheiden. Aber wie in so vielen Dingen hat die sozialistisch-demokratische Regierung auch in dieser Beziehung eingeschlagen, daß der Weg zur Güte ist, der mit diesen guten Vorlesungen gepflastert ist. Gemäß wäre es ein idealer Zustand, wenn alle Verhandlungen und Beiträge mit fremden Mächtern das Licht der Öffentlichkeit nicht scheuten, wenn es keine Geheimdiplomatie und keine Geheimverträge mehr gäbe. Aber Deutschland ist in seinem gegenwärtigen Zustand wahrlich nicht berufen, den Sauerreis der Welt anzugehen; es hat sich dem internationalen Brauch unterzogen. Es ist überhaupt nicht in der Lage, außenpolitisch aktiv tätig zu sein, geschweige denn neue Methoden einzuführen; es hat stillzustehen und zu tun, was seine Feinde ihm befehlen. Nachdem die Macht der Verhältnisse die Regierung also zu dieser Untermissung gezwungen hat, ist sie in das andere Extrem gefallen. Sie führt die Verhandlungen nicht nur inoffiziell geheim, als Wälschen und Erfolge bzw. Mißerfolge der Öffentlichkeit vorzuenthalten werden, sondern nicht einmal das berufene Organ, der Auswärtige Auswärtigen unterrichtet. Nicht ein einziges Mal während der unglücklichen politischen hochgehenden Zeit ist er angehört worden, um sein Wort abzugeben. Der Vorliegende, Dr. Stresemann, wollte ihn schon verschiedene Male einberufen, aber immer wieder erfolgte seitens der Regierung die Erklärung, daß der Reichstag zurzeit nicht in der Lage wäre, Erklärungen abzugeben. Daß in diesen Gebaren ein Verstoß zumindestens gegen den Geist der Verfassung liegt, sei nur nebenbei erwähnt.

Ueber diesen Vorwurf fällt sich die Regierung erhaben in dem Bewußtsein, ein anderes Mittel der Diplomatie mit genialem Geschick zu handhaben. Sie läßt nämlich ihren Leib- und Magenraub, Herrn Dr. Rathenau, in aller Welt herumreisen, angeblich in privaten Angelegenheiten, tatsächlich aber, wie jedes Kind weiß, mit genauen Aufträgen und Anweisungen. Ueberall, wo die Reparationsfrage behandelt wird, taucht dieser „Reisende in Reparationen“ als mehr oder weniger ungeborener Gast mit geschäftlicher Aufdringlichkeit auf, verhandelt inoffiziell-offiziell und verschwindet dann wieder, ohne daß auch nur ein Zeremonienbuch über seine Verhandlungen in die Öffentlichkeit bringt. Der Gedanke, daß bei diesem Verfahren die Regierung sich im Hintergrunde halten kann und durch die Unverbindlichkeit der Verhandlungen ihre Bewegungen freier behält, ist an und für sich keineswegs falsch und wenn er mit Geschick und einzigem Erfolg ausgeführt würde, könnte man sich auch mit der Geheimhaltung der Verhandlungen abfinden. Aber jetzt ist dem vielbeschäftigten Herrn Rathenau ein Mißgeschick passiert: einen so deutlichen Korb hat er vom hohen Oerker Rat bekommen, daß wir eine Aufklärung seitens der Regierung mit Zug und Recht verlangen können.

Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Rathenau ist in Paris (es tagte ja die Alliierten-Finanzkonferenz). Es kamen täglich, offenbar von Rathenau inspirierte Meldungen, er werde sich — selbstverständlich inoffiziell — zu den Verhandlungen nach Cannes begeben, um der Konferenz mit Aufklärungen zur Verfügung zu stehen. Er wird sogar schon der Tag der Ankunft und Mentone in der Nähe von Cannes — als Unterfunktor mit Bestimmtheit genannt. Da plötzlich kommt die verblüffende Meldung: Rathenau ist wieder in Berlin! Was hat das zu bedeuten? Wenn man dem „Vorwärts“ glauben würde (Wochenausgabe vom 6. Januar), so wäre es, eine Seite der Juridik, die unter den gegebenen Umständen durchaus an Place ist. D heiliger Simplicius! Den wahren Grund dieser „Juridik“ offenbart uns vielmehr — wenn es überhaupt noch nötig ist — folgende Meldung des „Echo de Paris“ aus Cannes: „Die Absicht der deutschen Regierung, Dr. Rathenau nach Cannes zu senden, ohne daß die Alliierten in Deutschland eingeleitet haben, hat in Konturrenztreiben verstimmt.“ Auf deutsch heißt das: Die Alliierten sind der unerbetenen Gegenwart Rathenaus überdrüssig, sie können auch ohne ihn Deutschland den letzten Blutstropfen ausaugen und haben ihn deshalb einen unverständigen Mann nach dem Muster Cäsar von Verdingungen gegeben.

Uns aber, denen mit dem beschränkten Unterthanenverstand, bleibt nichts weiter übrig, als auch diese Blamage auf der Rasst-Zeile des Zeitungsfotos zu bündeln. Mehr können wir nicht tun, denn Herr Rathenau ist ja Privatmann, also unverantwortlich, und die Regierung hat ihn

ja nicht beauftragt; beliebt nicht! Es lebe die Hintertreppe- und Geheimdiplomatie!

Nachdem diese Zeilen geschrieben waren, kommt die Meldung, daß die Reichsregierung aufgegeben hat, eine Sachverständigen-Delegation nach Cannes zu entsenden und daß Dr. Rathenau der Führer dieser Delegation sein wird. Diese Tatsache ändert jedoch nichts an der Berechtigung obiger Kritik, fordert vielmehr starke Zweifel darüber heraus, ob Rathenau der geeignete Führer für die deutsche Delegation sein kann.

Der internationale Wiederaufbauplan endgültig festgestellt.

Die alliierten Minister haben endgültig das in Paris ausgearbeitete Projekt betr. die Errichtung eines mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beauftragten Konjunktionsfestlegungsorgans. Es wurde die Bildung einer Hauptgesellschaft mit einem beschränkten Kapital von nur 2 Millionen Pfund Sterling vorgezogen, die sich in verschiedenen interessierten Ländern Tochtergesellschaften anschließen sollen, deren Kapital in der Währung des Landes bezeichnet werden soll. Die Hauptgesellschaft wird ihren Sitz in London haben.

Beleunigter Ausbau der Kontrollkommissionen.

Der Abbau der Kontrollkommissionen tritt gegenwärtig stark in Erscheinung. Mehrere hundert Funktionen sind bereits entfallen worden. Der weitere beschleunigte Abbau ist vorgesehen und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Randstaaten, wo eine große Anzahl von Kommissionen gegenwärtig noch tätig ist.

Das Optionsergebnis in Danzig und Polen.

Nach Wittermeldungen haben in Bommereulen von einund- einhalb Millionen Deutschen rund 500.000 für Deutschland optiert. Die Zahl der für Deutschland optierenden Personen aus dem Gebiet der freien Stadt Danzig geht ebenfalls in die Tausende.

Aus Stadt und Umgebung

Die tenen Zeiten.

Ueber tenere Zeiten hat heute ein jeder, mag er auch gleich ein Einkommen haben, mit dem wohl auszukommen ist. Selten aber wird jener gedacht, die durch die gegenwärtige Tenuerung am härtesten betroffen werden. Wer fragt man die arme, aber hunderterlei Witwe, woher sie morgen das Brot nimmt, damit sie mit ihren Kindern nicht verhungert? Gegenüber den Entbehrungen, die sich eine bedrängte Mutter auszuhalten hat, haben die Klagen derer, denen ein erwerbender Mann zur Seite steht, noch wenig zu bedeuten. Und wie schlimm ist die Lage mancher Witwe erst, wenn sie krank ist und ihr jede, auch die kleinste, schichtbesahnte Arbeitstellung Laual verurteilt? Hier wäre für viele Menschenfreunde ein Feld zur Betätigung edelster Nächstenliebe vorhanden! Denken wir weiter an arme Leute, die zu erwerben kaum mehr fähig sind — jedoch leben möchten. Manches weißhaarige, im kalten Stübchen zitternde Mütterchen mag es geben, das bald schon versterben hat, wie fleisch schmeckt und sich nur von Rüben, Kartoffeln und Hirsoriendrübe ernährt. Zumeist sind solche Arme zu stolz, um ihr ganzes Geld zu vertragen — oder sie haben das Gefühl, daß damit doch nichts zu erreichen sei. Denken wir nicht so schnell herüber hinweg! Die gegenwärtige Tenuerung ist eine zu große, als daß nicht manche Menschen aufs bitterste davon betroffen werden müßten.

Zur Gasheizfrage.

Wie uns die Gasanstalt mittelst, beschuldigt noch keine Ansicht auf Aufhebung der Gasheizer. Die Anstalt hat heute einen ganz neuen Kasten geschaltet, womit sie natürlich nicht länger als einen Tag reicht. — Aus technischen Gründen kann die heutige Anstalt unserer Heizung nur in einem Umfang von 4 Seiten erfordern. Der Roman mußte aus demselben Grunde vorfallen.

Verbot der Herstellung von Gervais-Käse.

Die Polizeiverwaltung gibt bekannt, daß zur Sicherung der Milchverarbeitung die Herstellung von Gervais-Käse, der ein ausgeprägter Luxusartikel ist, verboten ist.

Wahl der Vertretungsmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung.

Angelehnt, aus deren Verleumdungslust sich nicht errot, daß sie in Verletzung ihrer Pflichten haben, werden aufgefördert, sich bei der Wahl am 22. Januar 1922 über ihre Wahlberechtigung in Verleumdung durch amtliche Papiere (1. B. polizeilicher Anmeldebogen oder Steuerkarte) auszuweisen.

Dantelesier.

Die Dantelesier am gestrigen Abend war für alle, die mit offenem Geist und offenem Herzen kamen, ein unvergeßliches, tiefes Erlebnis. Weihevoll, kläglich, am Schluß von Herrn Strunke vorgetragen, führten uns in die rechte Stimmung ein. Sovann trat der Meister des Abends, Herr Walter, ein. Er war ein edler Dichter. Mit überreicher, schwingender Beredsamkeit schilderte uns deren Leben, seine sinnige Danteausslegung des Dichters Weien, Weiben und Wirtin, seine künstlerischen und allgemein-menschlichen Ziele, sein Betreiben in der Literatur, in der Malerei und in der bildenden Kunst. Sovann folgten die Rezitationen aus der „Sittlichen Komödie“, eingeleitet von passenden Musikvorträgen und mit meisterlicher Kunst der Einwirkung und innerlichen Eingabe von Hedner durchgeführt. Die atemlose Stille bei den Vorträgen, die auf allen Gesichtern kamalenebe Gestirnen zeigten, betete als der rauschende Beifall von der Wirkung dieser einzigartigen Feste.

Veranstaltungen und Veranstaltungen.

Der Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereinigungen ladet zur Angestelltenversammlung ein, die am Donnerstag, den 12. Januar, abends 7.30 im „Eisboi“ stattfindet. (siehe Anzeiger).

Die Sitzung der Stadtverordneten.

Gestern abend fand im alten Rathaus die Sitzung der Stadtverordneten statt. Stadtvorordnetenvorleser Junker eröffnete um 6.20 Uhr die Versammlung und wies in seinen Einleitungsworten darauf hin, daß es die erste im neuen Jahre sei und wünschte, daß die Arbeit eine erfolgreiche und erfolgreiche sein möge. Er er in die Tagesordnung eintrat, machte er Mitteilungen über Schulangelegenheiten und gab weiter zur Kenntnis, daß die Heberlandzentrale ab Mittwoch erhöhte Strompreise einführen werde zum 1. Punkt der Tagesordnung.

Der Wahl des Vorstandes.

bestimmte Herr Junker die Herren Menz und Bill zu Vorsitzern. Stadtvorordnete Frauenheim (Demokrat) schlägt namens der Wahlkommission den alten Vorstand vor. Die Wahl erfolgte bestimmungsgemäß geheim. Sämtliche 25 Stimmen entfielen auf den Stadtvorordnetenvorleser Junker, der somit wieder gewählt war. Mit einigen Dankesworten trat er sein Amt an. Man schritt sodann zur Wahl der stell. Vorsitzenden. Stadtvorordnete Daniel (L.S.P.) wurde wiedergewählt. Der Schriftführerposten an Stadtvorordnete Tolles (Dem.) darauf nahm man die

Wahl der Wahlkommission.

durch Zuruf vor. Es wurden gewählt die Stadtvorordneten Eichhardt, Frauenheim, Mathlon, Rath, Koehen Boye Heimann. Die

Haushaltskommission.

setzt sich aus folgenden Stadtvorordneten zusammen: Bothe, Daniel, Eichhardt, Eickner, Krüger Menz, Tiller. Die

Neuangelegungsabteilung.

Ausgabenabteilung bei der Altg. Verwaltung. Stadtvorordnete Menz (Rom.) sprach über die einzelnen Punkte, die insbesondere Berücksichtigung für Ausgaben des Mieteneingangs, für Beförderungs- und Botendienste betreffen. Ohne Widerspruch wurden die drei Punkte angenommen. Als nächster Punkt wurde die Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan des Altstades behandelt. Da mit den bisherigen Mitteln nicht auszukommen war und die Kosten der Verpflegung sehr hoch gestiegen sind, bittet Stadtvorordnetenvorleser Junker um Bewilligung der beantragten 28850 M.

Ohne Widerspruch wurde dieser Antrag, wie auch die drei folgenden, bei denen es sich um das Andreasheim, Kinderheim und Kinderbewahranstalt handelte, angenommen. Herr Junker betonte, daß die Anstalten sehr segensreich seien und ihr Fortbestehen nur zu wünschen wäre. Der 12. Punkt,

Erhöhung der Eintrittsgelder und jährlichen Beiträge für das Alterheim.

brachte einige Umwechslung in die bisher ruhig und diskussionslos verlaufene Versammlung. Stadtvorordnete Frauenheim (Dem.) referierte über diesen Punkt und erbat eine Erhöhung der Eintrittsgelder. Der Stadtvorordnete Grimm (Dem.) sprach sich dagegen aus. Er meinte, daß die alten Leute die Erhöhung von 720 M. auf 1080 M. nicht bezahlen können, worauf ihm vom Stadtv. Frauenheim erwidert wurde, daß die wirtschaftliche Lage eines jeden stets geprüft werden wird. Noch einmal erbat Grimm Widerspruch, aber auf die Einwände des Stadtv. Junker und des Stadtrats Besfert zieht er seinen Antrag zurück. Der Magistratsantrag wurde angenommen. Die

Erhöhung der Eintrittsgelder für das Andreasheim, die auch vom Stadtv. Frauenheim beprochen wurde, wurde ebenfalls bewilligt. Bei dem Punkte 14,

Verstärkung des Ausgabeauftrages des Haushalts des Nahrungsmitteleinzelhandels,

handelt es sich um ein Gehalt der Frau Behrens, die mit dem Säubern der Instrumente beschäftigt ist. Frau Behrens forderte anhalt 50 M. monatlich, 100 M. — Die Summe wurde in Anbetracht der Zeit, die Frau Behrens auf ihre Tätigkeit verwenden muß, und der Geldentwertung einstimmig bewilligt. Ueber die

Erhöhung der Gebühren für die Teilnahme der unehelichen Magistratsmitglieder und der Stadtvorordneten an Sitzungen.

sprach der Stadtv. Krüger (S.P.). Er führte aus, daß durch eine Gebührenerhöhung die Sitzungsfreudigkeit erhöht werden würde. Es kann natürlich hierbei von keinem Geschäft die Rede sein. Er könne aber nicht einsehen, warum Magistratsmitglieder an Vormittagsitzungen

16 M. erhalten, während Stadtvorordnete nur 10 M. bekommen sollen. Er beantragte, die Gebühren für beide auszugleichen. Mit diesem Zusatzantrag wurde der Magistratsantrag angenommen. Darauf sprach Stadtv. Richter (Rom.) über den

Verkauf einer Baustelle an den Eisenbahnhöfen.

Es sei nur zu begrüßen, so begründete er seinen Antrag, wenn der Eisenbahnhöfen in der Innenstraße ein Grundstück erworben und dort Wohnungen geschaffen. Dieser Antrag wurde auch ohne Widerrede angenommen. Punkt 18,

Genehmigung eines Nachtrages zur Verwaltungsgebühreordnung.

betraf die Gebühren für Zuteilung einer Wohnung. Stadtv. Vorst. Daniel (L.S.P.) wies darauf hin, daß die Neuerung bereits in verschiedenen Städten eingeführt worden ist und daß die finanzielle Lage der Stadt eine großzügige sei. Stadtv. Menz (Rom.) forderte eine Abänderung des Nachtrags. Da die meisten Wohnungen nicht als Wohnräume im eigentlichen Sinne anzupreisen seien, wünscht er eine Gebührefreiheit 5 Wohnräumen aber Ferner beantragt er die Ziffer 65 des Nachtrags (öffentlichkeitsmäßige — 5, —) zu streichen. Der 1. Bürgermeister Herzog meint, daß der Antrag wohl politischer Natur sei, es aber Unzulage auch anderer Art gäbe. Er erklärt, daß die Gebühren keine Einnahmen bilden, sondern daß lediglich die Verwaltungsarbeit bezahlt werden müsse. Er macht ferner auf den Erfolg des Finanzministers aufmerksam, nämlich jede Einnahmequelle auszunutzen sei. — Die Diskussion wurde nun sehr lebhaft und man einigte sich schließlich auf die Magistratsanträge, jedoch um eine Stelle Ermäßigung, wenn mehr als 3 Kinder in die Wohnung ziehen sollen. — Der nächste Punkt behandelt die

Klage gegen die Oberpostdirektion Halle auf Entfernung der Postreklame an den Briefkästen.

Der Sachverhalt ist bereits vor drei Tagen veröffentlicht worden. Stadtv. Bothe (Deutsch.) erklärt die Angelegenheit für einen äußerst strittigen Punkt. Man könne nicht voraussetzen, welchen Ausgang der Prozeß nehmen würde, aber er schlage doch vor, den Prozeß zu führen. Der Magistratsantrag wurde angenommen. Ueber die nächsten beiden Punkte,

Änderung der Verwaltungsordnung des Tuzenms und

Bewilligung von Mitteln für Instandsetzungsarbeiten und Ausflüssen im Tuzenm referierte Stadtv. Heimann (Dem.). Ohne Diskussion wurden die Anträge angenommen. Ebenso wurden die beiden nächsten Punkte,

Bewilligung von Geldmitteln für Sturmschäden an verschiedenen städtischen Gebäuden

a) 8100 Mk.
b) 9600 Mk.,

über die Stadtv. Hesselbach (Rom.) Bericht erstattete, ohne weiteres bewilligt.

Nunmehr kam man zum letzten Punkt der öffentlichen Sitzung,

Einführung der Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister“.

Stadtv. Vorst. Junker empfiehlt Einführung der Bezeichnung schon aus sprachlichen Gründen. Sämtliche größeren Städte haben die Bezeichnung schon seit langem. Dann sei es auch eine Anerkennung der Verdienste des 1. Bürgermeisters. Der Stadtv. Richter (Rom.) wendet sich gegen die Titelfucht. Von Stadtv. Vorst. Junker wird er darauf aufmerksam gemacht, daß der Name Oberbürgermeister kein Titel, sondern eine Amtsbezeichnung sei. Bürgermeister Dr. Mosebach erklärte, daß mit der Einführung der Amtsbezeichnung keinerlei geblidliche Vorteile oder Gehaltserhöhung verbunden seien. Er bebauert, daß der Antrag nicht einstimmig angenommen wird. — Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag angenommen.

Stadtv. Richter (Rom.) richtet an den Magistrat die Frage, wie weit die Lohnverhandlungen mit den städtischen Arbeitern gediehen seien. Es sei ihm zu Ohren gekommen, daß sich die Arbeiter mit Streikgedanken trugen. Oberbürgermeister Herzog erklärt den Lauf der Verhandlungen und ist überzeugt, daß in aller Kürze eine Einigung erzielt werden wird.

Um 9 Uhr schloß der Stadtv. Vorst. Junker die Sitzung. Es begann darauf die geheime Sitzung.

Aus Provinz und Reich

Frauen im Bergwerksbetrieb.

„Eisleben, 8. Jan. Die Beschäftigung von weiblichen Personen über 18 Jahren im Bergwerksbetrieb ist durch den Regierungspräsidenten weiter bis zum 31. März 1922 gestillt worden.

Die „Seufzaller“.

„Eisleben, 6. Jan. Wie gemeldet wird, plant man der ausgezeichnet gepflasterten Straße nach dem Finanzamt den Namen „Seufzaller“ zu geben. Treffender ist wohl nie eine Straße bezeichnet worden.

Den Fischen zum Draß.

„Hederleben, 8. Jan. Im Hatelwies fand man an einem Baume sitzend die Leiche eines kaum einjährigen Kindes, von Fischen angefrisst, vermutlich von einer Saisonarbeiterin im Waide verlassen.

Einen hohen Verlust.

† Götzenh. 8. Jan. Einen hohen Verlust von zwei Millionen Mark hatte die Kommunalverwaltung bei der Getreidebesitzerschaffung im letzten Wirtschaftsjahr.

Ein deutscher Stradivari?

† Jena, 8. Jan. Ein deutscher Stradivari ist von Geigenkünstlern in unserer Stadt entdeckt worden in dem Geigenbauer Johann Specht.

Eine mysteriöse Selbstt.

† Berlin, 8. Januar. Am ersten Weihnachtstierstag hat sich die 35 Jahre alte Müller-Gehilfin, die bei der Familie des Hausbesizers Daber in der Falburgstraße 14 wohnte, vergiftet. Dem Selbstmord liegt folgende gefühlsvolle Botschaft zugrunde.

Fraulein Müller-Gehilfin wurde durch eine Freundin zu Beginn des vorigen Jahres in offenkundige Streife eingeführt. In ihrem Leben machte sich zunächst keine besondere Veränderung bemerkbar. Erst im Oktober des vergangenen

Jahres fiel es der Familie Daber auf, daß Fräulein M. viel von überirdischen Dingen sprach. Sie erzählte schließlich, daß sie als lebenslangliches Mitglied der Ehrlichen Volksgesellschaft getreten sei, daß sie ihre Tugenden abschließen habe und nun in dem Erben ihres Lebensabend verbringen wolle. Bismarck in der Bude besuchte sie die „Ehrlichen Volksgesellschaft“ und verkörperte auch im Hause des Präsidenten dieser Gesellschaft, Professor Weber-Neubode, W.-N., der sich angeblich unbefugterweise den Titel „Professor“ beigelegt hat, nach seinen eigenen Angaben über zwei Dugend Gesellschaften verheiratet ist. Er begründet hat, einmal auch als Religionsstifter auftrat, aber auch als Wagnerjäger firmierte, gründete nach der Revolution eine altkatholische Loge, als deren Präsident er sich bezeichnete. Er eröffnete dann die „Ehrlichen Volksgesellschaft“. Allen Ansichten nach hat Fräulein Müller-Heßling hat unter dem Einfluß Webers gestanden, denn sie führte von ihren Besuchen bei ihm immer häufiger bezückt und verfiel zurück und schwandete der Familie Daber gegenüber von der „himmlischen Stimme“ und den unbegreiflichen Vorträgen des Professors. Am Freitag sollte sie bei Weber-Neubode Weihnachten feiern. Schon vorher sprach sie davon, daß dies der schönste Abend ihres Lebens sein werde. Spät nachts lernte sie von dieser Weihnachtsfeier zurück. Den Daber'schen Eheleuten, die noch angeblieben waren, fiel es dabei auf, daß Fräulein M. ganz besonders verzierte war und den Wunsch äußerte, ihr das Lied „Du mein holder Abendstern“ vorzuspielen. Wegen der vorgelegten Weihnacht wurde ihre diese Stunde aber abgelehnt, und Alles begann sich zu rühren. Da Fräulein gebeten hatte, daß man sie am anderen Morgen nicht wecken möge, fiel es der Familie Daber nicht auf, daß sie nicht zum Frühstück erschien. Gegen Mittag kam plötzlich Weber-Neubode in Begleitung eines anderen Mitgliedes des Erbens, einer Frau Weberhof. Beide fragten nach Fräulein Müller-Heßling, und als Frau Daber antwortete, sie schlafe noch, erklärte Weibode: Sie wird wohl nicht mehr leben! Auf höchste erschrocken eilte Frau Daber zum Zimmer des Fräulein Müller, die Tür war aber verschlossen. Ein Schlosser wurde geholt und die Tür mit Gewalt geöffnet. Man fand Fräulein Müller-Heßling in einem Seidenkleide betütselt, aber noch lebend im Bette liegend. Das Zimmer war mit einem Zylinder, einem Messer, einem Käse und einem Teller versehen. Auf dem Teller stand ein Kaffeebecken die Beschlüsse der Dame enthält und auf dem sich ein offener Brief befand, in dem Weber-Neubode ein Universalerbe besetzt wurde. Ein Arzt veranlaßte die Überführung der Kranken in ein Sanatorium, wo sie einige Tage später, am Abend des dritten Weihnachtstages, verschied. Als Todesursache wurde eine eitrige Lungenentzündung festgestellt, hervorgerufen durch Veronal und Morphinum, das zum Teil in die Luftströmung gedungen war. Am Morgen nach dem Tode der Selbstmörderin erschien Weber-Neubode wieder in der Wohnung, und zwar in Begleitung der Frau Weberhof, sowie einer Sekretärin der Ehrlichen Volksgesellschaft. Er versicherte darauf, daß er ein schmerzliches geschwüriges und Unterleibskranke eingeleitet sei und begann nun mit einer Befandtaufnahme des Nachlasses. Anwesenden erschien ein Beamter der Kriminalpolizei, der Weber-Neubode zur Rede stellte. Weber-Neubode antwortete ihm: Die Statuten unseres Erbens bestimmen, daß jedes lebenslangliche Mitglied mit 6 bis zum Testamentvollstrecker und Erben einest. Wir haben der Verstorbenen das Leben gegeben, aber wir kamen zu spät.“ Von der Befandtaufnahme, die außerordentlich gründlich vorgenommen wurde, begaben sich die drei Offiziere zu einer Freundin Fräulein Müllers, bei der diese eine Wohnungseinrichtung untergebracht hatte. Diese Einrichtung wurde von Weber-Neubode ebenfalls festgestellt und am nächsten Tage zusammen mit dem übrigen Eigentum des Fräulein Müller-Heßling durch Wagen abgeholt.

Bei der Einschließung der Leiche im Krematorium in der Gerichtstraße kam es dann zu einem Zwischenfall, als Weber-Neubode in einer Trauerrede betonte, daß er von der Verstorbenen aus Liebe zum Universalerben eingeleitet worden sei. Der Stiefvater des Fräulein M. stürzte auf den Ehrlichen Führer zu und schrie: „Nehme Sie auf, hier zu reden. Sie sind an dem Tode meiner Tochter schuldig.“ Drei andere Männer, die als Gäste anwesend waren, verhielten weitere peinigliche Auftritte. — Nun hat die Kriminalpolizei das Wort.

Eine „betrunkene Geschichte“.

† Berlin, 7. Jan. Ein in der Beusselstraße 63 wohnender Samenbändler hatte die Schultpflicht darauf aufmerksam gemacht, daß mehrfach verdächtige Gestalten im Hause eingetauscht seien. Am 16. November in aller Frühe bemerkte der Bewohner wieder etwas Verdächtigtes; er ging durch seinen Laden auf die Straße und meldete seine Wahrnehmung in dem gegenüberliegenden Polizeibureau. Die Beamten legten sich auf die Lauer und stellten fest, daß, nachdem eine männliche Person in das Haus getreten war, bald darauf zwei Männer auf der Wühlflöhe erschienen, und gleichfalls in das Haus verdrangen. Die Beamten drangen in das Haus ein und machten die beiden, dort im flatter liegenden Angeklagten durch den Ruf: „Hände hoch!“ wehlos. Zwei Polizisten bemachten die beiden, ein anderer suchte nach dem dritten Mann, der aber Gelegenheit gefunden hatte, durch einen hinteren Ausgang zu entkommen. Es wurde festgestellt, daß die Wohnungsträger der auf Weissen befindlichen Hausbesitzerin Frau Pfefferer an zwei Stellen angeheftet war und daß Wurstbrot, der eine Angeklagte, eine Schachtel mit etwas Diebeswerkzeug in seiner Tasche hatte, während Protzop, der andere Angeklagte, ein sogenanntes Pfeilkreuzer zu Boden fallen ließ. Auf der Polizeiwache bekrierten beide Angeklagte ihre Schuld, wobei B. sich zunächst einen fremden Namen legte. Wurstbrot behauptete, daß er an jenem Tage seinen Bromberger Landsmann Protzop hier in Berlin getroffen habe; sie seien gemeinsam auf eine Anektroten gegangen, hätten mit Frauen gesüßt und schließlich mit zweien sich auf den Weg gemacht. Als sie durch die Beusselstraße gekommen, hätten sich ihre Begleiterinnen entfernt, während sie selbst, um ein Bedürfnis zu befriedigen, durch die offenstehende Tür in das Haus getreten seien. Dort seien sie dann, nichts ahnend, festgenommen worden. Die vorgefundene Schachtel, aber die man beim Eintritt ins Haus folterte, sei ebenfalls abgenommen eingeleitet worden. Es handelte sich um eine „betrunkene Geschichte“, aber keineswegs um einen verhängnisvollen Einbruch. — A. M. Dr. Karl Löwenhoff hatte unter Hinweis, daß B. sein Hotel in Bromberg für 1.200.000 Mark verkauft habe, in Unterhandlung wegen Ankaufs eines

Letzte Depeschen

Die Rolle der deutschen Gannes-Delegierten im französischen Kriege.

Paris, 10. Jan. (Eig. Drahtber.) Ueber die Aufgaben der deutschen Delegation in Cannes wird dem „Pet. Par.“ aus Berlin gemeldet, daß ihre Aufgabe sich darauf beschränken werde, dem Obersten Rat die verlangten Auskünfte zu liefern. Die Delegation habe nicht die Aufgabe, sich in Verhandlungen einzulassen; es scheine jedoch, daß Rathenaу persönlich Vollmachten erhalten habe, um an eventuellen Verhandlungen teilzunehmen, und daß ihm außerdem ein Spielraum für eigene Initiative von der Regierung gelassen wurde. Das die Bedingungen für ein Teil-Moratorium angeht, so kann bereits bis jetzt gesagt werden, daß die deutsche Regierung erklären wird, es sei unmöglich, Zoll, Eisenbahn- und Posttarife sowie die Kohlenpreise zu erhöhen und gleichzeitig die Preise für die Lebenshaltung in die Höhe zu setzen.

Doch noch Meinungsverschiedenheiten?

Paris, 10. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Erebe Paris“ in Cannes meldet, die Summe die von Deutschland im Jahre 1922 in Bar für die Reparationen verlangt wird, betrage 720 Millionen Goldmark. Von dieser Summe soll Frankreich 139 Millionen erhalten. Meinungsverschiedenheiten seien gegenwärtig über die zu verlangenden Ration und die Berechnung der Saar-Kohlengruben entstanden. Die Belgier bestanden auf dem Plan des Abkommens von Spa, wodurch Frankreich zu Gunsten Belgiens augenblicklich 250 Millionen verlieren würde.

Ein österreichischer Delegierter für Cannes?

Wien, 10. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In politischen Kreisen wird die Hinzuziehung eines österreichischen Delegierten zu den Verhandlungen in Cannes verlangt, da es möglich ist, daß dort infolge des Einflusses Englands auch das österreichische Problem zur Verhandlung gelangen kann.

Der heutige Dollarstand.

Berlin, 10. Jan. (Eig. Drahtber.) Der Dollar stand heute mittag 12 Hr. 175,5.

Weitere Rückbeförderung amerikanischer Truppen

Koblenz, 10. Jan. Bis ungefähr Mitte März werden insgesamt noch drei große Truppenteile der amerikanischen Besatzung nach den Vereinigten Staaten zurückbefördert werden.

Eine sozialistische Einigungskonferenz?

Leipzig, 10. Jan. Auf dem 1. S. P. Parteitage machte der Sekretär der französischen Sozialistischen Partei, Paul Faure den Vorschlag, alsobald eine Einigungskonferenz der drei sozialistischen Parteien einzuberufen, an der auch die englische sozialistische Labour Party teilnehme. Man glaubt zu müssen, daß die Labour Party die Einladung zu dieser Konferenz annehmen wird. Ohne Zweifel werden sich aber die deutschen Sozialdemokraten mit allen Enschiedenheit gegen diese Konferenz stemmen, da sie die Kommunisten nicht als verhandlungsfähig anerkennen. (??)

Der militärische Volksehrdienst.

Kopenhagen, 10. Januar. Nach der „Berlingske Tidende“ stellt die Zeitung „Nytt“ mit, daß die Sozialregierung eine Verfügung betreffend Einführung der zehnjährigen Wehrpflicht veröffentlicht hat. Die Wehrpflicht tritt mit dem achtzehnten Lebensjahr ein.

Unterbrochener Eisenbahnverkehr.

Jnnsbruck, 10. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Infolge Lawineneinsturzes ist der Eisenbahnverkehr am Delberg unterbrochen.

Hotels in Beringsdorf gewesen sei und im Begriff stand, sich mit einer mitteilenden Dame zu beraten. Es sei ihm möglich, anzunehmen, daß ein fernvergebender Mann sich nächsterhand in ein fremdes Haus schleichen werde, um einen Einbruch zu begehen.

Das Gericht kam, insbesondere nach dem schwerbelastenden Aussagen der Polizeibeamten, zur vollen Überzeugung von der Schuld der Angeklagten und erkannte auf je sechs Monate Gefängnis.

Beurteilung der Attentäter auf die Reudburger Hochbrücke.

† Leipzig, 7. Jan. Der mißglückte Anschlag auf die Reudburger Hochbrücke beschäftigt gestern und heute das Reichsgericht. Vier Kommunisten aus Reudburg und Chemnitz waren angeklagt, während der Irrfahrten in Mitteleuropa an einem Stern vorigen Jahres die Zerstörung der Eisenbahnschienen an der gefährlichsten Stelle der Brücke, vor einer scharfen Kurve, versucht zu haben, um Truppentransporte zu verhindern. Die Anklage lautete auf Hochverrat, weshalb die Sache vom Schwurgericht in Kiel an das Reichsgericht gegangen ist. Diese Auffassung wurde jedoch wieder aufgegeben, da die Tat erfolglos geblieben und verübter Hochverrat nicht strafbar ist. Es wurde daher von der Reichsanwaltschaft Anklage erhoben wegen verübter Verbindung von Truppentransporten. 6 Angeklagte wurden zu Justizhausstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 3 Jahren und 6 Monaten, die beiden anderen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bzw. 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt.

Der „selbständige“ D-Zug.

† Wittenberg, 8. Januar. Ohne Lokomotivführer liet am Mittwoch ein D-Zug durch die hiesigen Bahnhöfe. Der Mann hatte sich aus dem Zuge entfernt, hatte mit dem Koffer gegen einen Brückenpfeiler gestossen und war abgestürzt. Er fand auf der Stelle den Tod.

Zeitungspreise in Wien.

Wien, 8. Januar. Die Bezugspreise der Zeitungen betragen vom Januar ab für zweimal erscheinende Blätter bis zu 1200 Kronen monatlich, einzelne Exemplare kosten bis zu 40 Kronen, für ein ganztägiges Inserat wird bis ungefähr eine halbe Million Kronen verlangt. Die kommunistische „Rote Fahne“ ist das billigste Tagesblatt, sie kostet monatlich „nur“ 250 Kronen. Das Mittagsblatt des neuen Wiener Journals hat sein Erscheinen eingestellt, ebenso die Wiener Abendpost. Andere Blätter rechnen mit Millionenverlusten im Monat.

Turnen, Spiel und Sport

Spielvereinigung 1919 Neumarkt

Begann die 2. Runde der Verbandsspiele mit einem Sieg in allen Mannschaften. Das Hauptinteresse nahm das Spiel der 1. Mannschaft gegen den „Erszialen“ Sportring-Nützen auf gegenseitigem Platz in Wipperf. Das ganze Spiel stand zum Unterchied von den letzten Weltmeisterschaften mit Merseburger Mannschaften im Zeichen des Kampfes um die Punkte. Der geschwächte Mannschaft der Sportvereinigung 1919, die meist nur mit 10 Mann das Feld betritt, gelang es in der ersten Halbzeit dank des freudigen Bemühtens des Mittelfeldes zwei Tore vorzuführen. Sportring verlor trotz starken Drängens bei der weiteren Arbeit des Torhannes nur ein Tor aufzutun, so daß Sportvereinigung gleich mit 2:1 vom Siege abließ. Der umsichtige Schiedsrichter (Preußen-Merseburg) hatte infolge der Festigkeit, mit welcher der Kampf zeitweise geführt wurde, sein leichtes Amt, besitz aber das Spiel bis zum Schluß sicher in der Hand. Unnötig erspart wurde ihm die Leitung des Spieles durch die unverständigen Eingriffe des einheimischen Publikum. Diese wenig sportliche Erscheinung ist übrigens nicht zum erstenmal in Wipperf beobachtet worden. Hoffentlich richten die maßgebenden Gauverbände der 2. Mannschaften gewinnvoller Sportvereinigung mit 3:1 gegen Sportring. Auf eigenem Platz scheid die 2. Jugendmannschaft die 2. Mannschaft Weidenberg überlegen mit 7:2 — 2. Anabenmannschaft erhielt die Punkte kamplos. Beachtenswert ist der 2:0 Sieg der 1. Anabenmannschaft über die überlegen stark überlegene 1. Anabenmannschaft des Sp. A. 99-Merseburg. — Alles in allem ein guter Anfang!

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Aus der Bergwerksindustrie.

Die Deutsche Erdöl-Altengesehellschaft zu Berlin errichtet, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in Borna, Bez. Leipzig eine Zweigunternehmung unter der Bezeichnung „Deutsche Erdöl-Altengesehellschaft Oberbergdirektion Borna“. Die Oberbergdirektion wird die Verwaltung von der Deutschen Erdöl-Alt.-Ges. gepachteten Werken Wismar's Kohlenwerke, Briekwerke „Dora und Helene“, Braunkohlenwerke „Breunsdorf“ und „Belegung“ sowie „Veuna-Kayna“ bei Merseburg führen. Sie steht unter der Leitung des Bergwerksdirektors Albert Baltzer, zugleich in Drebuzna bei Merseburg, und des Dr. Walter Rademacher, früher Rechtsanwält und Notar in Merseburg.

Sturz der Börsenkurse.

Berlin, 9. Jan. Mit dem Kurssturz des Dollars von 184 Mk. am letzten Wochenschluß auf heutige 164 Mk. war auch die Tendenz des Effektenmarktes gegeben. Aus der heutigen Preisgestaltung wird wiederum einmal mit Deutlichkeit die Abhängigkeit der Effekten von dem jeweiligen Stand der ausländischen Zahlungsmittel hervor. Das Geschäft, an dem sich das Publikum nur in geringem Maße beteiligt, wurde fast ausschließlich von der Spekulation betritten.

Die Kursabschlüsse waren auf der ganzen Linie äußerst empfindliche und prägen sich hauptsächlich auf den Märkten der Industrierapiere aus, wo sie 100, % und vereinzelt auch bis zu 200 % betrogen. Im Gegensatz hierzu waren nur sehr vereinzelt Werte ziemlich gut gehalten. Eine Ausnahme von der allgemeinen außerordentlich scharfen rückläufigen Bewegung machten nur Kaimere Westereisen, die sich gegen ihren Freitagsschlußkurs weiter um fast 300 % behaupten konnten. Gegen Schluß der ersten Geschäftsstunde stellte sich, ausgehend von einer leichten Befestigung am Devisenmarkt, ein ganz geringfügige Erholung ein.

Kurssturz der Devisen.

Berlin, 9. Jan. Der Markkurs hatte sich in New York die letzten Kabelmeldungen zeigen, ziemlich stabil gehalten so daß ansehend von dort noch kein Anschlag zu dem heutigen starken Preisfall der ausländischen Zahlungsmittel vorlag. Den Anstoß hierzu dürften denn auch in erster Linie die europäischen Plätze und sich ihnen anschließend Berlin anlässlich der nunmehr doch erfolgten Berufung deutscher Vertreter nach Cannes gegeben haben. Dollarnoten die in Vormittagsstunden mit 175 Mk. (letzter Kurs 184 Mk.) eingeleitet hatten, gingen während der Börzenzeit bis auf 165 Mk. zurück am späten auf 167,50 bis 164 Mk. zu stellen. Außerdem wurden genannt: englische Pfundnoten mit 710 Mk., holländische Guldennoten 6100 Mk., schweizerische Frankennoten mit 3220 Mk., französische Frankennoten mit 1850 Mk., belgische Noten mit 1300 Mk., italienische Lirenoten mit 720 Mk., rumänische Leimoten mit 185 Mk., deutsch-österreichische Noten mit 3,30 Mk., ungarische Noten mit 29 Mk. und polnische Noten mit 6,27 Mk.

Kurz vor 2 Uhr stellten sich Dollarnoten wenig verändert auf 167 Mk.

Verantwortliche Redaktion: Politik, litt. und prov. Zeit.: Dr. Sallö. Sport: M. Hochheimer. Anzeigen: S. Paly. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt S. Paly, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.

